



**FINANZHILFEVEREINBARUNG für ein  
Projekt im Rahmen des ERASMUS+ Programms<sup>1</sup>  
VEREINBARUNGSNUMMER –**

Diese Vereinbarung („die Vereinbarung“) wird zwischen folgenden Parteien geschlossen:

Auf der einen Seite

dem Pädagogischen Austauschdienst der Kultusministerkonferenz  
Nationale Agentur für EU-Programme im Schulbereich  
Graurheindorfer Str. 157  
53117 Bonn,

der Nationalen Agentur (nachstehend „die NA“ genannt), die zum Zwecke der  
Unterzeichnung dieser Vereinbarung durch Herrn Gernot Stiwitz vertreten wird und die im  
Auftrag der Europäischen Kommission (nachstehend „die Kommission“ genannt) handelt,

und

auf der anderen Seite

„dem Zuschussempfänger“,

Organisation

Adresse

PIC der Einrichtung:

der zum Zwecke der Unterzeichnung dieser Vereinbarung durch **Herrn/Frau Vorname  
Nachname** vertreten wird.

---

<sup>1</sup> Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2013 zur Einrichtung von „Erasmus+“, dem Programm der Union für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport, und zur Aufhebung der Beschlüsse Nr. 1719/2006/EG, Nr. 1720/2006/EG und Nr. 1298/2008/EG

Die oben genannten Parteien

### HABEN ZUGESTIMMT

den Besonderen Bedingungen („die Besonderen Bedingungen“) und folgenden Anhängen:

Anhang I Allgemeine Bedingungen

Anhang II Projektbeschreibung; veranschlagtes Projektbudget

Anhang III Finanz- und Vertragsbedingungen

Anhang IV Anwendbare Zuschüsse

Anhang V Dokumentenvorlagen für Vereinbarungen zwischen dem Zuschussempfänger und Beteiligten,

die fester Bestandteil der Vereinbarung sind.

Die Bestimmungen in den Besonderen Bedingungen dieser Vereinbarung haben Vorrang vor ihren Anhängen.

Die Bestimmungen in Anhang I „Allgemeine Bedingungen“ haben Vorrang vor den Bestimmungen in anderen Anhängen. Die Bestimmungen in Anhang III haben Vorrang vor den Bestimmungen in anderen Anhängen mit Ausnahme von Anhang I.

Innerhalb von Anhang II hat der Teil zum veranschlagten Budget Vorrang vor dem Teil zur Projektbeschreibung.

## **BESONDERE BEDINGUNGEN**

### **INHALTSVERZEICHNIS**

**ARTIKEL I.1 – GEGENSTAND DER VEREINBARUNG**

**ARTIKEL I.2 – INKRAFTTRETEN UND UMSETZUNGSZEITRAUM DER VEREINBARUNG**

**ARTIKEL I.3 – MAXIMALER GESAMTZUSCHUSS UND FORM DER FINANZHILFE**

**ARTIKEL I.4 – BERICHTLEGUNGS- UND ZAHLUNGSVEREINBARUNGEN**

- I.4.1** Zu leistende Zahlungen
- I.4.2** Erste Vorauszahlung
- I.4.3** Zwischenberichte und weitere Vorauszahlungen
- I.4.4** Abschlussbericht und Aufforderung zur Zahlung des noch ausstehenden Betrags
- I.4.5** Zahlung des noch ausstehenden Betrags
- I.4.6** Benachrichtigung über fällige Beträge
- I.4.7** Zahlungen an den Zuschussempfänger
- I.4.8** Sprache der Aufforderungen zur Zahlung und der Berichte
- I.4.9** Währung der Aufforderungen zur Zahlung und Umrechnung in Euro
- I.4.10** Währung der Zahlungen
- I.4.11** Zahlungstermin
- I.4.12** Kosten des Zahlungsverkehrs
- I.4.13** Zinsen bei Zahlungsverzug

**ARTIKEL I.5 – BANKKONTO FÜR ZAHLUNGEN**

**ARTIKEL I.6 – DATENSCHUTZBEAUFTRAGTE/-R UND KONTAKTDATEN DER PARTEIEN**

- I.6.1** Datenschutzbeauftragte/-r
- I.6.2** Kontaktdaten der NA
- I.6.3** Kontaktdaten des Zuschussempfängers

**ARTIKEL I.7 – SCHUTZ UND SICHERHEIT VON TEILNEHMENDEN**

**ARTIKEL I.8 – ZUSÄTZLICHE BESTIMMUNGEN ZUR NUTZUNG DER ERGEBNISSE (EINSCHLIESSLICH RECHTEN AN GEISTIGEM UND GEWERBLICHEM EIGENTUM)**

**ARTIKEL I.9 – DIE NUTZUNG VON IT-TOOLS**

- I.9.1** Mobility Tool+
- I.9.2** Erasmus+ Projektergebnis-Plattform

**ARTIKEL I.10 – ZUSÄTZLICHE BESTIMMUNGEN ZUR UNTERAUFTRAGSVERGABE**

**ARTIKEL I.11 – ZUSÄTZLICHE BESTIMMUNG ZUR OFFENLEGUNG DER FINANZIELLEN FÖRDERUNG DURCH DIE UNION**

**ARTIKEL I.12 – UNTERSTÜTZUNG VON TEILNEHMENDEN**

**ARTIKEL I.13 – ZUSÄTZLICHE BESTIMMUNG ZUM MONITORING UND ZUR EVALUATION**

**ARTIKEL I.14 – BESONDERE AUSNAHMEN ZU ANHANG I ALLGEMEINE BEDINGUNGEN**

## **ARTIKEL I.1– GEGENSTAND DER VEREINBARUNG**

- I.1.1** Die NA gewährt, wie in Anhang II dargelegt, im Rahmen des Erasmus+ Programms, Leitaktion 1: Lernmobilität von Einzelpersonen, gemäß den in den Besonderen Bedingungen, in den Allgemeinen Bedingungen und in den anderen Anhängen zur Vereinbarung festgelegten Bestimmungen für das Projekt „**Projekttitel**“ („das Projekt“) eine Finanzhilfe.
- I.1.2** Durch die Unterzeichnung dieser Vereinbarung nimmt der Zuschussempfänger die Finanzhilfe an und stimmt zu, das Projekt eigenverantwortlich umzusetzen.

## **ARTIKEL I.2 – INKRAFTTRETEN UND UMSETZUNGSZEITRAUM DER VEREINBARUNG**

- I.2.1** Die Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem sie von der letzten Partei unterzeichnet wird.
- I.2.2** Das Projekt dauert **12-24 Monate**, beginnt am **Projektbeginn** und endet am **Projektende**.

## **ARTIKEL I.3 – MAXIMALER GESAMTZUSCHUSS UND FORM DER FINANZHILFE**

- I.3.1** Der **maximale Gesamtzuschuss beträgt Zuschussbetrag EUR**.
- I.3.2** Die Finanzhilfe wird gemäß folgenden Bestimmungen in Form von Zuschüssen je Einheit und in Form von Erstattung förderfähiger, tatsächlich angefallener Kosten gewährt:
- (a) förderfähige Kosten gemäß Anhang III;
  - (b) veranschlagtes Budget gemäß Anhang II;
  - (c) finanzielle Bedingungen gemäß Anhang III.

### **I.3.3 Budgetübertragungen ohne Änderung der Vereinbarung**

Der Zuschussempfänger ist berechtigt, das in Anhang II veranschlagte Budget und die damit verbundenen Aktivitäten durch Übertragungen zwischen den verschiedenen Budgetkategorien anzupassen, ohne dass diese Anpassung im Sinne des Artikels II.13 als Änderung der Vereinbarung ausgelegt wird, unter der Bedingung, dass:

- das Projekt gemäß des bewilligten Projektantrags und den in Anhang II genannten allgemeinen Projektzielen durchgeführt wird
- die folgenden spezifischen Regeln eingehalten werden:
  - (a) Der Zuschussempfänger ist berechtigt, bis zu 100 % der Zuschüsse für organisatorische Unterstützung auf andere Budgetkategorien zu übertragen.
  - (b) Der Zuschussempfänger ist berechtigt, bis zu 50 % der Zuschüsse für Fahrtkosten, individuelle Unterstützung/Aufenthalt und Kursgebühren zwischen diesen drei Budgetkategorien zu verschieben.

- (c) Der Zuschussempfänger ist berechtigt, Zuschüsse aus jeder Budgetkategorie auf Zuschüsse für Teilnehmer/-innen mit Behinderung und auf außergewöhnliche Kosten (zur Deckung einer Bankbürgschaft oder hoher Reisekosten) zu übertragen, selbst wenn ursprünglich gemäß Anhang II keine Zuschüsse für diese Kostenarten vorgesehen waren.

## **ARTIKEL I.4 – BERICHTLEGUNGS- UND ZAHLUNGSVEREINBARUNGEN**

Es gelten folgende Berichtlegungs- und Zahlungsbestimmungen<sup>2</sup>:

### **I.4.1 Zu leistende Zahlungen**

Die NA muss folgende Zahlungen an den Zuschussempfänger leisten:

- eine erste Vorauszahlung;
- eine Zahlung des noch ausstehenden Betrags auf Grundlage der Aufforderung zur Zahlung des noch ausstehenden Betrags gemäß Artikel I.4.4.

### **I.4.2 Erste Vorauszahlung**

Die Vorauszahlung dient der Sicherstellung der Liquidität des Zuschussempfängers. Bis zur Zahlung des noch ausstehenden Betrags bleibt die Vorfinanzierung Eigentum der NA.

Falls die NA eine Bankgarantie verlangt, erfolgt die erste Vorauszahlung nach Erhalt der Bankgarantie, die folgende Bedingungen erfüllen muss:

- (a) Sie wird von einer Bank oder einem anerkannten Geldinstitut gewährt oder, auf Bitten der koordinierenden Einrichtung und nach Genehmigung durch die NA, von einer dritten Stelle;
- (b) der Garantiegeber steht auf erste Anforderung ein und verlangt keine Rückgriffnahme der NA auf den Hauptschuldner (d. h. den Zuschussempfänger); und
- (c) sie bleibt ausdrücklich solange bestehen, bis die Vorauszahlung mit der Zahlung des Restbetrags durch die NA ausgeglichen ist. Wenn die Zahlung des Restbetrags in Form einer Rückerstattung erfolgt, muss die Bankgarantie bis drei Monate nach Benachrichtigung des Zuschussempfängers in Kraft bleiben.

Die NA muss die Bankgarantie innerhalb des Folgemonats freigeben.

---

<sup>2</sup> Normaler Zahlungszeitplan für Finanzhilfevereinbarungen **über höchstens zwei Jahre**: üblicherweise eine Vorfinanzierungszahlung in Höhe von 80 % und eine Zahlung des noch ausstehenden Betrags in Höhe von 20 %. Liegen jedoch nicht ausreichend Zahlungsermächtigungen vor, ist die NA berechtigt:

- (a) die erste Vorfinanzierung auf einen Prozentsatz zwischen 60 % und 80 % zu senken und eine Zahlung des noch ausstehenden Betrags von 40 % bis 20 % des maximalen Gesamtzuschusses durchzuführen oder
- (b) die Vorfinanzierung ohne Zwischenbericht auf zwei Raten aufzuteilen, wobei sich der Gesamtbetrag beider Zahlungen auf 80 % des maximalen Gesamtzuschusses und die Zahlung des noch ausstehenden Betrags auf 20 % des maximalen Gesamtzuschusses belaufen.

Die NA zahlt an den Zuschussempfänger innerhalb von 30 Tagen nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine erste Vorauszahlung in Höhe von **Betrag erste Rate** EUR, die sich auf 80 % des in Artikel I.3.1 festgelegten maximalen Gesamtzuschusses beläuft.

#### **I.4.3 Zwischenberichte und weitere Vorauszahlungen**

Nicht zutreffend.

#### **I.4.4 Abschlussbericht und Aufforderung zur Zahlung des noch ausstehenden Betrags**

Innerhalb von 60 Kalendertagen nach Datum des Projektabschlusses gemäß Artikel I.2.2 muss der Zuschussempfänger einen Abschlussbericht zur Projektdurchführung erstellen. Der Bericht muss die Informationen enthalten, die dazu benötigt werden, um den angeforderten Zuschuss auf Grundlage von Zuschüssen je Einheit zu rechtfertigen in den Fällen, in denen die Finanzhilfe die Form von Erstattungen von Zuschüssen je Einheit annimmt, oder auf Grundlage von Erstattungen förderfähiger, tatsächlich angefallener Kosten gemäß Anhang III.

Der Abschlussbericht versteht sich als Aufforderung des Zuschussempfängers zur Zahlung des noch ausstehenden Betrags der Finanzhilfe.

Der Zuschussempfänger muss bestätigen, dass die in der Aufforderung zur Zahlung des noch ausstehenden Betrags angeführten Informationen vollständig, zuverlässig und wahrheitsgetreu sind. Er muss ebenfalls bestätigen, dass die angefallenen Kosten gemäß Vereinbarung als förderfähig erachtet werden können und dass die Aufforderung zur Zahlung durch die entsprechenden Begleitdokumente, die im Zuge der in Artikel II.27 beschriebenen Kontrollen oder Prüfungen vorgelegt werden können, rechtfertigbar ist.

#### **I.4.5 Zahlung des noch ausstehenden Betrags**

Die Zahlung des noch ausstehenden Betrags erstattet oder deckt die verbleibenden förderfähigen Kosten ab, die dem Zuschussempfänger bei Projektdurchführung angefallen sind.

Die NA bestimmt den noch ausstehenden Betrag, indem sie den Gesamtbetrag der bereits geleisteten Vorauszahlungen vom Gesamtzuschuss gemäß Artikel II.25 abzieht.

Liegt der Gesamtbetrag bereits geleisteter Zahlungen über dem Gesamtzuschuss gemäß Artikel II.25, nimmt die Zahlung des noch ausstehenden Betrags die Form einer Rückforderung gemäß Artikel II.26 an.

Liegt der Gesamtbetrag bereits geleisteter Zahlungen unter dem Gesamtzuschuss gemäß Artikel II.25, muss die Zahlung des noch ausstehenden Betrags durch die NA innerhalb von 60 Kalendertagen nach Eingang der in Artikel I.4.4 beschriebenen Dokumente bei der NA erfolgen, es sei denn Artikel II.24.1 oder Artikel II.24.2 finden Anwendung.

Die Zahlung setzt die Freigabe der Aufforderung zur Zahlung des noch ausstehenden Betrags und der Begleitdokumente voraus. Deren Freigabe entspricht nicht der Anerkennung ihrer Konformität, Echtheit, Vollständigkeit oder inhaltlichen Richtigkeit.

Der zu zahlende Betrag darf jedoch ohne Zustimmung des Zuschussempfängers mit jedwedem seitens des Zuschussempfängers der NA geschuldeten Betrag bis zum maximalen Gesamtzuschuss verrechnet werden.

#### **I.4.6 Benachrichtigung über fällige Beträge**

Die NA muss dem Zuschussempfänger eine formelle Benachrichtigung zukommen lassen:

- (a) unter Angabe des fälligen Betrags und
- (b) unter Angabe, ob es sich bei der anstehenden Zahlung um eine weitere Vorauszahlung oder um die Zahlung des noch ausstehenden Betrags handelt.

Im Zuge der Zahlung des noch ausstehenden Betrags muss die NA auch den Gesamtzuschuss gemäß Artikel II.25 angeben.

#### **I.4.7 Zahlungen an den Zuschussempfänger**

Die NA muss Zahlungen an den Zuschussempfänger leisten. Zahlungen an den Zuschussempfänger befreien die NA von ihren Zahlungsverpflichtungen.

#### **I.4.8 Sprache der Aufforderungen zur Zahlung und der Berichte**

Sämtliche Aufforderungen zur Zahlung und Berichte sind in deutscher Sprache einzureichen.

#### **I.4.9 Währung der Aufforderungen zur Zahlung und Umrechnung in Euro**

Aufforderungen zur Zahlung müssen in Euro erfolgen.

Zuschussempfänger, deren Finanzbuchführung in einer anderen Währung als dem Euro erfolgt, müssen Kosten, die in einer anderen Währung als dem Euro entstanden sind, auf Grundlage des Durchschnitts der täglichen Wechselkurse gemäß C-Reihe des Amtsblatts der Europäischen Union im Verlaufe des entsprechenden Berichtlegungszeitraums in Euro umrechnen (verfügbar unter

<http://www.ecb.europa.eu/stats/exchange/eurofxref/html/index.en.html>).

Wird für die entsprechende Währung kein täglicher Euro-Wechselkurs im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht, erfolgt die Umrechnung auf Grundlage des Durchschnitts der monatlichen Umrechnungskurse im Verlaufe des entsprechenden Berichtlegungszeitraums, wie sie von der Kommission festgesetzt und auf ihrer Website veröffentlicht werden

([http://ec.europa.eu/budget/contracts\\_grants/info\\_contracts/infoeuro/infoeuro\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/budget/contracts_grants/info_contracts/infoeuro/infoeuro_de.cfm)).

Zuschussempfänger, deren Finanzbuchführung in Euro erfolgt, müssen Kosten, die in einer anderen Währung als dem Euro entstanden sind, entsprechend ihrer üblichen Praktiken bei der Rechnungslegung in Euro umrechnen.

#### **I.4.10 Währung der Zahlungen**

Die Zahlungen der NA müssen in Euro erfolgen.

#### **I.4.11 Zahlungstermin**

Zahlungen seitens der NA gelten zu dem Termin als durchgeführt, zu dem deren Konto damit belastet wurde, es sei denn, das nationale Recht schreibt etwas anderes vor.

#### **I.4.12 Kosten des Zahlungsverkehrs**

Die Kosten des Zahlungsverkehrs sind wie folgt zu tragen:

- (a) Die NA trägt die Kosten des Zahlungsverkehrs, die von ihrer Bank erhoben werden;
- (b) der Zuschussempfänger trägt die Kosten des Zahlungsverkehrs, die von seiner Bank erhoben werden;
- (c) die Partei, welche die wiederholte Durchführung eines Zahlungstransfers verursacht, trägt sämtliche hieraus entstehenden Kosten.

#### **I.4.13 Zinsen bei Zahlungsverzug**

Zahlt die NA nicht innerhalb der vorgegebenen Zahlungsfristen, stehen dem Zuschussempfänger Verzugszinsen zu. Die zu entrichtenden Zinsen hängen von den nationalen Rechtsvorschriften ab, die auf die Vereinbarung Anwendung finden, oder von den Vorschriften der NA. Liegen keine derartigen Bestimmungen vor, entsprechen die zu entrichtenden Zinsen dem Satz der Europäischen Zentralbank für ihre wichtigsten Refinanzierungsgeschäfte in Euro („dem Referenzsatz“) zuzüglich dreieinhalb Prozentpunkten. Der Referenzsatz ist der Satz, der am ersten Tag des Monats gilt, in dem die Zahlungsfrist abläuft, gemäß *C-Reihe des Amtsblatts der Europäischen Union*.

Wenn die NA die Zahlungsfrist gemäß Artikel II.24.2 aufschiebt oder wenn sie eine Zahlung an sich gemäß Artikel II.24.1 aussetzt, gelten diese Vorgehensweisen nicht als Fälle von Zahlungsverzug.

Verzugszinsen fallen für den Zeitraum ab dem ersten Tag nach Fälligkeitsdatum der Zahlung bis einschließlich zum Tag der tatsächlichen Zahlung gemäß Artikel I.4.11 an. Bei der Festlegung des Gesamtzuschusses im Sinne des Artikels II.25 bezieht die NA keine zu entrichtenden Zinsen ein.

Abweichend vom ersten Unterabsatz müssen die berechneten Zinsen, falls sie bei höchstens 200 Euro liegen, nur dann an den Zuschussempfänger entrichtet werden, wenn der Zuschussempfänger diese innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der verspäteten Zahlung einfordert.



## ARTIKEL I.5 – BANKKONTO FÜR ZAHLUNGEN

Alle Zahlungen müssen auf das unten angegebene Bankkonto des Zuschussempfängers erfolgen.

In der Regel sollten hierfür Konten auf den Namen der Schule/Einrichtung genutzt werden. Sofern von der Schulleitung/Einrichtungsleitung autorisierte Konten genutzt werden, die nicht auf den Namen der Schule/Einrichtung laufen, ist hier eine entsprechende Begründung anzugeben:

<input type="checkbox"/>	Es gelten besondere landesspezifische Regelungen.
<input type="checkbox"/>	Die Einrichtung eines eigenen Schulkontos ist nicht möglich.
<input type="checkbox"/>	Das genannte Konto wurde aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung gewählt und ist von der Schulleitung autorisiert.
<input type="checkbox"/>	Sonstiges:

Name des Kreditinstituts:

Kontoinhaber:

IBAN:

## ARTIKEL I.6 - DATENSCHUTZBEAUFTRAGTE/-R UND KONTAKTDATEN DER PARTEIEN

### I.6.1 Datenschutzbeauftragte/-r

Die Rechtsperson, die gemäß Artikel II.7 die Rolle des/der Datenschutzbeauftragten übernimmt, ist:

Der Pädagogische Austauschdienst der Kultusministerkonferenz  
Nationale Agentur für EU-Programme im Schulbereich.<sup>3</sup>

### I.6.2 Kontaktdaten der NA<sup>4</sup>

Jedwede an die NA gerichtete Kommunikation muss an folgende Adresse erfolgen:

Der Pädagogische Austauschdienst der Kultusministerkonferenz  
Graurheindorfer Str. 157  
53117 Bonn  
erasmusplus-schulbildung@kmk.org

<sup>3</sup> Der / die für die Datenverarbeitung Verantwortliche kann entweder die Nationale Agentur selbst oder eine für diese Aufgabe benannte natürliche Person sein, wie in den nationalen Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Richtlinie 95/46/EG in der durch die Verordnung (EG) Nr. 1882/2003 geänderten Fassung und in der Verordnung (EU) 2016/679 ab dem Tag des Inkrafttretens im Mai 2018 vorgesehen.

<sup>4</sup> Beide Möglichkeiten in diesem Absatz können gleichzeitig zur Anwendung kommen, wenn die Kommunikation zu verschiedenen Zwecken (z. B. Berichtlegung, Änderungswünsche, Fragen) entweder über die folgende Adresse oder über das elektronische Austauschsystem erfolgen soll. Verwenden Sie in diesem Fall bitte bei beiden Möglichkeiten die Formulierung „zum Zwecke der“. Wird nur eine der beiden Möglichkeiten verwendet, löschen Sie bitte „zum Zwecke der“.

### **I.6.3 Kontaktdaten des Zuschussempfängers<sup>5</sup>**

Jedwede von der NA an den Zuschussempfänger gerichtete Kommunikation muss an folgende Adresse erfolgen:

Kontaktperson

Organisation

Adresse

E-Mail

## **ARTIKEL I.7 – SCHUTZ UND SICHERHEIT VON TEILNEHMENDEN**

Der Zuschussempfänger muss für wirksame Vorgehensweisen und Vorkehrungen zur Sicherheit und zum Schutz der Teilnehmenden an seinem Projekt sorgen.

Der Zuschussempfänger muss sicherstellen, dass für Teilnehmende an Mobilitätsmaßnahmen im Ausland ein Versicherungsschutz besteht.

## **ARTIKEL I.8 – ZUSÄTZLICHE BESTIMMUNGEN ZUR NUTZUNG DER ERGEBNISSE (EINSCHLIESSLICH RECHTEN AN GEISTIGEM UND GEWERBLICHEM EIGENTUM)**

Zusätzlich zur Bestimmung des Artikels II.9.3 muss der Zuschussempfänger jedwede im Zuge des Projekts erstellten Informationsmaterialien im Internet kostenfrei und unter freier Lizenz zur Verfügung stellen<sup>6</sup>.

## **ARTIKEL I.9 – DIE NUTZUNG VON IT-TOOLS**

### **I.9.1 Mobility Tool+**

Der Zuschussempfänger muss das webbasierte Mobility Tool+ benutzen, um sämtliche Informationen zu den Projektaktivitäten aufzuzeichnen und um Fortschrittsbericht, Zwischenbericht (falls verfügbar im Mobility Tool+ und für die in Artikel I.4.3 angeführten Fälle) und Abschlussbericht zu erstellen und einzureichen.

Mindestens einmal monatlich während des Mobilitätsprojekts muss der Zuschussempfänger jedwede neuen Informationen zu den Teilnehmenden und den Mobilitätsmaßnahmen aktualisieren.

### **I.9.2 Erasmus+ Projektergebnis-Plattform**

---

<sup>5</sup> Beide Möglichkeiten in diesem Absatz können gleichzeitig zur Anwendung kommen, wenn die Kommunikation zu verschiedenen Zwecken (z. B. Zahlungsinformationen, Fragen) entweder über die folgende Adresse oder über das elektronische Austauschsystem erfolgen soll. Verwenden Sie in diesem Fall bitte bei beiden Möglichkeiten die Formulierung „zum Zwecke der“. Wird nur eine der beiden Möglichkeiten verwendet, löschen Sie bitte „zum Zwecke der“.

<sup>6</sup> Freie Lizenz – eine Möglichkeit für den Eigentümer eines Werkes, anderen die Nutzung der Ressource zu gestatten. Jeder Ressource ist eine Lizenz zugewiesen. Es gibt verschiedene Arten von freien Lizenzen, je nachdem, wie umfassend die Nutzung der Ressource gestattet oder beschränkt wird, und die Entscheidung, welche Lizenz auf sein Werk Anwendung findet, steht dem Zuschussempfänger frei. Jeder erstellten Ressource muss eine Lizenz zugewiesen werden. Bei einer offenen Lizenz handelt es sich nicht um eine Übertragung von Urheberrechten oder Rechten an geistigem Eigentum.

Der Zuschussempfänger darf die Erasmus+ Projektergebnis-Plattform nutzen (<http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/projects/>), um gemäß den in ihr angeführten Vorgaben Projektergebnisse zu verbreiten.

#### **ARTIKEL I.10 – ZUSÄTZLICHE BESTIMMUNGEN ZUR UNTERAUFTRAGSVERGABE**

Abweichend finden die unter (c) und (d) des Artikels II.11.1 dargelegten Bestimmungen keine Anwendung.

#### **ARTIKEL I.11 – ZUSÄTZLICHE BESTIMMUNG ZUR OFFENLEGUNG DER FINANZIELLEN FÖRDERUNG DURCH DIE UNION**

Unbeschadet des Artikels II.8 muss der Zuschussempfänger in sämtlichen Informations- und Werbematerialien einschließlich Websites und sozialen Medien auf die Unterstützung hinweisen, die er im Zuge des Erasmus+ Programms erhält. Die Richtlinien für Zuschussempfänger und andere Drittparteien sind unter [http://eacea.ec.europa.eu/about-eacea/visual-identity\\_en](http://eacea.ec.europa.eu/about-eacea/visual-identity_en) verfügbar.

#### **ARTIKEL I.12 - UNTERSTÜTZUNG VON TEILNEHMENDEN**

Muss der Zuschussempfänger im Zuge des Projekts Teilnehmende finanziell unterstützen, so hat die Bereitstellung der finanziellen Unterstützung seitens des Zuschussempfängers in Übereinstimmung mit den in Anhang II und Anhang V (falls zutreffend) dargelegten Bedingungen zu erfolgen. Gemäß diesen Bedingungen müssen mindestens folgende Informationen bereitgestellt werden:

- (a) der maximale Gesamtzuschuss. Dessen Betrag darf 60.000 EUR je Teilnehmer/-in nicht überschreiten;
- (b) die Kriterien für die Bestimmung des genauen Fördermittelbetrags;
- (c) die Aktivitäten, für die der/die Teilnehmende auf Grundlage einer bestehenden Liste eine finanzielle Unterstützung erhalten darf;
- (d) die Bestimmung der Personen oder Kategorien von Personen, die eine finanzielle Unterstützung erhalten dürfen;
- (e) die Kriterien für die Bereitstellung der finanziellen Unterstützung.

Gemäß den Dokumenten in Anhang V, falls zutreffend, ist der Zuschussempfänger dazu verpflichtet:

- Entweder die Fördermittel für die Budgetkategorien Fahrtkosten, individuelle Unterstützung/Aufenthaltskosten und Kursgebühren vollständig den Teilnehmenden an Mobilitätsmaßnahmen zukommen zu lassen, wobei die Sätze für Zuschüsse je Einheit gemäß Anhang IV Anwendung finden;

oder

- die Förderung für die Budgetkategorien Reisekosten, individuelle Unterstützung/Aufenthaltskosten und Kursgebühren den Teilnehmenden an Mobilitätsmaßnahmen durch die Bereitstellung von Leistungen hinsichtlich Reisen,

Lebensunterhalt und Kursen zukommen zu lassen. In diesem Falle muss der Zuschussempfänger sicherstellen, dass die bereitgestellten Leistungen hinsichtlich Reisen, Lebensunterhalt und Kursen die erforderlichen Qualitäts- und Sicherheitsstandards erfüllen.

Der Zuschussempfänger darf die beiden im vorherigen Absatz dargelegten Möglichkeiten kombinieren, um eine faire und gleiche Behandlung sämtlicher Teilnehmender sicherzustellen. In solchen Fällen müssen die Bedingungen, die für jede Möglichkeit gelten, auf die Budgetkategorien angewendet werden, auf die die jeweilige Möglichkeit angewandt wird.

### **ARTIKEL I.13 – ZUSÄTZLICHE BESTIMMUNG ZUM MONITORING UND ZUR EVALUATION**

Der Pädagogische Austauschdienst hat ein Qualitätsmanagementsystem nach ISO 9001:2015 eingeführt. Im diesem Rahmen erhebt der PAD regelmäßig die Zufriedenheit seiner Kunden mit seinen Leistungen. Der PAD wird der Kontaktperson nach Ablauf der Vertragslaufzeit einen Link zu einem Online-Fragebogen zusenden. Die Kontaktperson wird gebeten, diesen Fragebogen auszufüllen.

### **ARTIKEL I.14 – BESONDERE AUSNAHMEN ZU ANHANG I ALLGEMEINE BEDINGUNGEN**

1. Zum Zwecke dieser Vereinbarung ist der Begriff „die Kommission“ in Anhang I Allgemeine Bedingungen als „die NA“ auszulegen, der Begriff „Aktion“ als „Projekt“ und der Begriff „Kosten je Einheit“ als „Zuschüsse je Einheit“, sofern nichts anderes angegeben ist.

Zum Zwecke dieser Vereinbarung ist der Begriff „Bericht“ in Anhang I Allgemeine Bedingungen als „der Budgetteil des Berichts“ auszulegen, sofern nichts anderes angegeben ist.

In Artikel II.4.1, Artikel II.8.2, Artikel II.20.3, Artikel II.27.1, Artikel II.27.3, dem ersten Absatz von Artikel II.27.4, dem ersten Absatz von Artikel II.27.8 und im Artikel II.27.9 ist die Bezugnahme auf „die Kommission“ als Bezugnahme auf „die NA und die Kommission“ auszulegen.

In Artikel II.12 ist der Begriff „finanzielle Unterstützung“ als „Unterstützung“ auszulegen und der Begriff „Drittparteien“ als „Teilnehmende“.

2. Zum Zwecke dieser Vereinbarung finden die folgenden Klauseln von Anhang I Allgemeine Bedingungen keine Anwendung: Artikel II.2 (d) (ii), Artikel II.12.2, Artikel II.13.4, Artikel II.17.2.1 (h), Artikel II.18.3, Artikel II.19.2, Artikel II.19.3, Artikel II.20.3, Artikel II.21, Punkt c) des sechsten Unterartikels von Artikel II.25.3, Artikel II.27.7.

Zum Zwecke dieser Vereinbarung finden die Begriffe „verbundene Rechtspersonen“, „Zwischenzahlung“, „Einmalzahlung“ und „Pauschale“ bei Erwähnung in den Allgemeinen Bedingungen keine Anwendung.

3. Artikel II.7.1 ist wie folgt auszulegen:

### **„II.7.1 Verarbeitung personenbezogener Daten durch die NA und die Kommission**

Jedwede personenbezogenen Daten in der Vereinbarung müssen von der NA gemäß den nationalen Rechtsvorschriften verarbeitet werden.

Jedwede personenbezogenen Daten, die in der Vereinbarung enthalten oder auf von der Europäischen Kommission bereitgestellten IT-Tools gespeichert sind, müssen von der NA gemäß Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und Verordnung (EG) Nr. 2016/679 ab dem Tag des Inkrafttretens im Mai 2018 verarbeitet werden<sup>7</sup>.

Derartige Daten dürfen durch den/die in Artikel I.6.1 festgelegte(n) Datenschutzbeauftragte/-n ausschließlich zum Zwecke der Umsetzung, Verwaltung und Überwachung der Vereinbarung oder zum Schutz der finanziellen Interessen der EU verarbeitet werden, einschließlich Kontrollen, Prüfungen und Untersuchungen gemäß Artikel II.27, unbeschadet einer möglichen Übertragung an die Stellen, die mit der Überwachung oder mit Untersuchungsaufgaben gemäß nationalem Recht, das auf die Vereinbarung Anwendung findet, betraut sind.

Der Zuschussempfänger ist berechtigt, auf die eigenen personenbezogenen Daten zuzugreifen und diese zu korrigieren. Zu diesem Zwecke muss er etwaige Anfragen zur Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten bei dem/der in Artikel I.6.1 festgelegte(n) Datenschutzbeauftragte/-n einreichen.

Der Zuschussempfänger hat das Recht, sich jederzeit an den Europäischen Datenschutzbeauftragten zu wenden.“

4. In Artikel II.9.3. sind der Titel und Unterpunkt (a) des ersten Absatzes wie folgt auszulegen:

#### **„II.9.3 Rechte an der Nutzung der Ergebnisse und der bereits bestehenden Rechte durch die NA und die Union**

Der Zuschussempfänger gewährt der NA und der Union folgende Rechte an den Projektergebnissen:

- (a) die Nutzung für ihre eigenen Zwecke und insbesondere, diese Ergebnisse Personen, die für die NA, für Einrichtungen, Agenturen und Stellen der Union sowie für Einrichtungen der Mitgliedsstaaten arbeiten, zugänglich zu machen sowie diese vollständig oder in Auszügen unbegrenzt häufig zu kopieren und zu vervielfältigen.“

Für den Rest dieses Artikels sind Bezugnahmen auf die „Union“ als Bezugnahmen auf „die NA und/oder die Union“ auszulegen.

5. Der zweite Absatz von Artikel II.10.1 ist wie folgt auszulegen:

---

<sup>7</sup> Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr, Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und freien Datenverkehrs, Regulierung 95/46/EG wird aufgehoben.

„Der Zuschussempfänger muss sicherstellen, dass die NA, die Kommission, der Europäische Rechnungshof und das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) ihre Rechte gemäß Artikel II.27 auch gegenüber den Auftragnehmern des Zuschussempfängers ausüben können.“

6. Artikel II.18 ist wie folgt auszulegen:

„**II.18.1** Für diese Vereinbarung gilt deutsches Recht.

**II.18.2** Das gemäß geltendem nationalem Recht zuständige Gericht verfügt über die ausschließliche Zuständigkeit bei eventuellen Rechtsstreitigkeiten zwischen der NA und jedwedem Zuschussempfänger bezüglich der Auslegung, Anwendung oder Gültigkeit der Vereinbarung, wenn ein solcher Rechtsstreit nicht gütlich beigelegt werden kann.

7. Artikel II.19.1 ist wie folgt auszulegen:

„Die Voraussetzungen für die Förderfähigkeit von Kosten werden in den Abschnitten I.1 und II.1 des Anhangs III festgelegt.“

8. Artikel II.20.1 ist wie folgt auszulegen:

„Die Voraussetzungen für die Deklaration von Kosten und Zuschüssen werden in den Abschnitten I.2 und II.2 des Anhangs III festgelegt.“

9. Artikel II.20.2 ist wie folgt auszulegen:

„Die Voraussetzungen für Aufzeichnungen und sonstige Dokumente zur Stützung der Deklaration von Kosten und Zuschüssen werden in den Abschnitten I.2 und II.2 des Anhangs III festgelegt.“

10. Der erste Absatz von Artikel II.22 ist wie folgt auszulegen:

„Der Zuschussempfänger ist berechtigt, das in Anhang II veranschlagte Budget durch Übertragungen zwischen den verschiedenen Budgetkategorien anzupassen, wenn das Projekt gemäß Anhang II durchgeführt wird. Diese Anpassungen erfordern keine Änderung der Vereinbarung gemäß Artikel II.13, falls die Voraussetzungen entsprechend Artikel I.3.3 erfüllt sind.“

11. Artikel II.23(b) ist wie folgt auszulegen:

„(b) reicht auch innerhalb von 30 Tagen nach schriftlicher Erinnerung durch die NA keine derartige Aufforderung ein.“

12. Der erste Absatz von Artikel II.24.1.3 ist wie folgt auszulegen:

„Während der Aussetzung von Zahlungen ist der Zuschussempfänger nicht dazu berechtigt, etwaige Aufforderungen zur Zahlung und Begleitdokumente gemäß Artikel I.4.3 und I.4.4 einzureichen.“

13. Artikel II.25.1 ist wie folgt auszulegen:

**„II.25.1 Schritt 1 — Anwendung des Erstattungssatzes auf die förderfähigen Kosten und Hinzufügung der Zuschüsse je Einheit**

Dieser Schritt wird wie folgt angewandt:

- (a) Wenn die Finanzhilfe entsprechend Artikel I.3.2(a) die Form einer Erstattung von förderfähigen Kosten annimmt, findet der in Abschnitt II.2 von Anhang III dargelegte Erstattungssatz auf die von der NA für die entsprechenden Kostenkategorien und Zuschussempfänger zugelassenen förderfähigen Kosten des Projekts Anwendung;
- (b) Wenn die Finanzhilfe entsprechend Artikel I.3.2(b) die Form eines Zuschusses je Einheit annimmt, wird der in Anhang IV dargelegte Zuschuss je Einheit mit der tatsächlichen Anzahl an von der NA für den Zuschussempfänger genehmigten Einheiten multipliziert.

Wenn Artikel I.3.2 eine Kombination von verschiedenen Formen von Finanzhilfen ermöglicht, müssen die sich ergebenden Beträge addiert werden.“

14. Der zweite Absatz von Artikel II.25.4 ist wie folgt auszulegen:

„Der Kürzung steht entsprechend Abschnitt IV des Anhangs III im Verhältnis zum Ausmaß, in dem das Projekt nicht angemessen durchgeführt wurde, oder zum Ausmaß der Nichterfüllung.“

15. Der dritte Absatz von Artikel II.26.2 ist wie folgt auszulegen:

„Ist die Zahlung nicht bis zum in der Zahlungsaufforderung angegebenen Termin erfolgt, holt die NA den fälligen Betrag ein:

- (a) indem sie diesen ohne vorherige Zustimmung des Zuschussempfängers mit jedweden dem Zuschussempfänger durch die NA geschuldeten Beträgen verrechnet („Verrechnung“);

in Ausnahmefällen darf die NA die Verrechnung zum Schutz der finanziellen Interessen der Union bereits vor dem Fälligkeitsdatum durchführen.

Beim gemäß Artikel II.18.2 zuständigen Gericht darf gegen eine derartige Verrechnung Klage eingelegt werden;

- (b) indem sie gegebenenfalls gemäß Artikel I.4.2 Finanzgarantien beansprucht („Beanspruchung von Finanzgarantien“);
- (c) indem sie gemäß Artikel II.18.2 oder den Besonderen Bedingungen rechtliche Schritte einleitet.“

16. Der dritte Absatz von Artikel II.27.2 ist wie folgt auszulegen:

„Die im ersten und zweiten Unterabsatz festgelegten Zeiträume werden verlängert, wenn gemäß nationalem Recht längere Zeiträume vorgegeben sind oder wenn laufende Prüfungen, Beschwerden, Rechtsstreitigkeiten oder Anspruchsverfolgungen, einschließlich der in Artikel II.27.7 dargelegten Fälle,

bestehen. In letzteren Fällen muss der Zuschussempfänger die Dokumente bis zum Abschluss derartiger Prüfungen, Beschwerden, Rechtsstreitigkeiten oder Anspruchsverfolgungen aufbewahren.“

17. Artikel II.27.3 ist wie folgt auszulegen:

„Der Zuschussempfänger muss sämtliche von der NA, der Kommission oder jedweder externen, von der Kommission befugten Stelle geforderten Informationen, einschließlich Informationen in elektronischem Format, zur Verfügung stellen.

Kommt der Zuschussempfänger der Verpflichtung im ersten Unterabsatz nicht nach, ist die NA berechtigt:

- (a) jedwede Kosten, die nicht ausreichend durch Informationen seitens des Zuschussempfängers begründet werden, als nicht förderfähig zu erachten;
- (b) jedwede Zuschüsse je Einheit, Einmalzahlungen oder Pauschalen, die nicht ausreichend durch Informationen seitens des Zuschussempfängers begründet werden, als nicht fällig zu erachten.“

#### UNTERSCHRIFTEN

Für den Zuschussempfänger  
[Funktion/Vorname/Nachname]

Für die NA  
[Vorname/Nachname]

[Unterschrift]  
[Ort], den [Datum]

[Unterschrift]  
Bonn, den [Datum]